

Nutzen von Energiestrategien nicht mit Arbeitsplatzzahlen verwechseln

Florian Habermacher*, 6.10.2011

Mit dem verkündeten Atomausstieg und der nun zustande gekommenen SP-Cleantech-Initiative steht Diskussionen um die wirtschaftlichen Auswirkungen von Cleantech-Fördermassnahmen eine Hochkonjunktur bevor. Der Bericht „Wettbewerbsfaktor Energie“ vom Beratungsbüro McKinsey & Company, und die darauf aufbauende Cleantech-Studie, welche die Ökonomin Délia Nilles im Auftrag der SP verfasst hat, widmen sich diesem Thema. Die Cleantech-Studie verspricht von den Fördermassnahmen der SP-Initiative neben Emissionsreduktionen auch bis zu 167'000 zusätzliche Arbeitsplätze. Leider dürfte die tatsächliche Anzahl zusätzlicher Stellen viel tiefer sein. Gerade für die Schweiz mit vergleichsweise tiefer Arbeitslosigkeit und offenen Grenzen wäre die Zahl aber auch sonst zweitrangig.

Perpetuum mobile Logik geht nicht auf

Die 167'000 zusätzlichen Arbeitsplätze im Cleantech-Bericht suggerieren, dass die Massnahmen die Arbeitslosenzahl entsprechend reduzieren würden. Die niedrigen Arbeitslosenquoten der Schweiz deuten aber auf eine Sockelarbeitslosigkeit hin: Obwohl es offene Stellen gibt, haben Arbeitslose die falschen Ausbildungen oder brauchen einfach eine gewisse Zeit, eine Stelle zu finden. Somit könnte eine durch die Energiemassnahmen generierte Nachfrage nach spezifischen Arbeitskräften nicht ohne Weiteres vom nationalen Arbeitsmarkt befriedigt werden. Dies ist gerade bei den heutigen, offenen Grenzen relevant: Ob die Stimulierung längerfristig überhaupt nennenswerte Auswirkungen auf die Arbeitslosenquote hätte, oder einfach von einer abermaligen Zunahme einwandernder Arbeitskräfte absorbiert würde, ist völlig unklar. Ein Hauptfokus auf die Anzahl der Arbeitsplätze scheint schon deshalb fragwürdig.

Die scheinbar positiven Auswirkungen auf die Wirtschaft beruhen vor allem auf den in den Massnahmen vorgesehenen Gebäudesanierungen. In den für die Berechnung verwendeten Modellen wird unterstellt, dass die für diese Sanierungen aufgewendete Arbeit ohne volkswirtschaftliche Kosten erbracht werden könne, da zusätzlich benötigte Arbeiter direkt aus dem Arbeitslosenreservoir rekrutiert würden. Aufgrund dieser Vernachlässigung der Arbeitskosten kommen McKinsey & Co. für die Sanierungen auf positive wirtschaftliche Nettoeffekte, die umso grösser sind, je mehr die Sanierungen kosten! Diese Rechnung geht nicht auf: Die Sanierungen generieren einen zu bescheidenen Mehrwert, und die benötigten Arbeiter werden davon abgehalten, andernorts produktiveres zu leisten. Mit der McKinsey-Rechnungsweise würde man aufgrund der Unterschlagung der Arbeitskosten auch für einen staatlich verordneten, regelmässigen Aufbau und Abriss von Wohnhäusern tatsächlich positive wirtschaftliche Auswirkungen auf den Arbeitsplatz berechnen. Die McKinsey-Methode verschleiert, dass die Schweiz durch eine solche Verschwendung von gesellschaftlichen Ressourcen nur verlieren würde: Es ist offensichtlich, dass die Aufbau-und-

* Florian Habermacher ist Umweltingenieur ETH Lausanne und schreibt an seinem Doktorat in Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen.

Abriss Logik, welche stark an ein Perpetuum mobile erinnert, wirtschaftlich nicht aufgehen könnte – wir müssten sowas sonst schon lange im grossen Stil unabhängig von Umweltfragen fördern.

Negative Auswirkung höherer Steuern

Die untersuchten Energiemassnahmen müssen durch Steuererhöhungen finanziert werden. Für die Schweiz, die dem internationalen Standortwettbewerb ausgesetzt ist, sind nicht zuletzt diese steuerlichen Auswirkungen entscheidend. Die negativen Anreizwirkungen der zusätzlichen Steuern auf die Wirtschaft klammern die Studien aber komplett aus. Dass es solche gibt, ist intuitiv und unter Ökonomen weitgehend unbestritten. Meine Leistungsbereitschaft hängt davon ab, wie viel ich von allfälligem Gewinn behalten darf, und die produktivsten Zweige internationaler Firmen werden in Länder mit tiefen Unternehmenssteuern verlagert.

Es ist nicht trivial, die entsprechenden Effekte genau abzuschätzen. Dass sie aber erheblich sein dürften, wurde in Studien für die Schweiz mehrmals gezeigt¹. Es scheint somit gut möglich, dass die Berücksichtigung dieser Effekte in den Energie-Studien einen erheblichen Teil der ausgewiesenen zusätzlichen Arbeitsplätze zunichte gemacht hätte.

Preiseffekte vernachlässigt

Die z.B. in der Cleantech-Initiative vorgeschlagenen, weitreichenden staatlichen Eingriffe in die Art, wie wir Energie verbrauchen, haben weitere preisbedingte Verhaltensanpassungen zur Folge. Werden aufgrund von Energieeffizienzmassnahmen Lampen stromsparender (und ihr Gebrauch dadurch billiger), werden wir sie auch länger brennen lassen. Sind Autos sparsamer, werden wir damit weiter fahren. Da die verwendeten Modelle solche Preiseffekte aber nicht explizit miteinbeziehen, sind sie ungenau. Die tatsächlichen Energieeinsparungen könnten aufgrund der Anpassungen der Verbraucher kleiner ausfallen als in den Studien veranschlagt.

Ökologische Steuerreform effizienter als Subventionen und Regulierungen

Als Alternative zu den in den Studien bewerteten Energiemassnahmen bietet sich eine ökologische Steuerreform an, mit dem Ziel, vermehrt die Umweltverschmutzung anstatt die Arbeit zu besteuern. Indem die Reform die Energie verteuern würde, wären Konsumenten und Unternehmen gleichermassen dazu angehalten, dort sparsam mit der Energie umzugehen, wo es sich am meisten lohnt. Anstatt teure und wohl oft ineffiziente Subventionen für spezifische Energiemassnahmen finanzieren zu müssen, könnte der Staat die Einnahmen aus der Energiebesteuerung dazu benützen, die volkswirtschaftlich kostspieligen Einkommens- und Unternehmenssteuern zu reduzieren. So liesse sich eine Reduktion unseres Energieverbrauches zu geringen ökonomischen Kosten realisieren. Eine solche Reform wäre

¹ Siehe z.B. *Globalisierung und Steuersystem in der Schweiz*, von Frank Bodmer in *Die Volkswirtschaft* 11/2002, der zum Schluss kommt, dass aufgrund der Anreizwirkungen die Nettoeinkommen pro zusätzlich erhobenem Steuerfranken über die Einkommenssteuer nicht nur um 1 Fr., sondern zwischen 1.20 und 1.40 Fr. abnehmen könnte.

somit sowohl aus wirtschaftlicher als auch aus ökologischer Sicht den staatlich verordneten, spezifischen Energiesparmassnahmen vorzuziehen. Unter Umständen könnten von ihr tatsächlich positive Impulse für den Arbeitsmarkt ausgehen. Gemäss zahlreichen ökonomischen Studien dürften aber auch sie insgesamt sehr bescheiden ausfallen.

Energiepolitik ist somit auf keinen Fall mit einem Beschäftigungsprogramm zu verwechseln. Eine Förderung von Energieeffizienz kann dadurch begründet werden, dass sie das Klimaproblem mildert und lokale Umweltschäden sowie die Abhängigkeit von Ölimporten verringert. Dass diese Effekte teilweise nur schwer in Zahlen ausdrückbar sind, darf kein Grund sein, zweitrangige Indikatoren mit fragwürdigen Methoden aufzublähen.

In diesem Sinne wurde in den Studien zum an sich interessanten Thema der falsche Bewertungsansatz gewählt. Dass die Input-Output Modelle, die ihnen zugrunde liegen, problematisch sind, wird in der schweizerischen Presse eigentlich schon seit einigen Jahren von verschiedenen Autoren mit guten Argumenten regelmässig betont (hier sei z.B. auf eine [Zusammenstellung von Prof. Monika Bütler auf Batz.ch](#) verwiesen). Studien, die zehn- oder hunderttausende von Arbeitsplätzen versprechen, können sich aber scheinbar relativ unabhängig von ihrer Qualität grosser Medienaufmerksamkeit erfreuen. Das Problem liegt also vielleicht weniger bei den Fähigkeiten von Studienautoren, als in der Art von Nachrichten, welche die Bevölkerung aufzunehmen bereit ist.